

Noch lassen sie ihre Reize kaum spielen

Wahlkampf Die Parteien wählen nur wenige originelle «Lockmittel» – und warten auf die «heisse Phase»

Die Parteien sind sich einig: Der zurzeit noch tote Wahlkampf wird erst Ende Februar kurz und heftig aufleben. Was die Kampfmittel betrifft, ist wenig Originelles zu erwarten.

STEFAN FRECH

Man glaubt es kaum: In sieben Wochen sind Wahlen. Ausser ein paar Inseraten und Plakaten ist jedoch von einem Wahlkampf noch keine Spur. «Die heisse Phase wird kurz und ganz heftig werden», prophezeit FdP-Wahlkampfleiterin Verena Meyer. Darin sind sich alle Parteien einig. Grund sind die anstehenden Sportferien Anfang Februar und die anschliessende Fasnacht. Deshalb wird laut Meyer erst in den letzten zwei Wochen vor den Wahlen «die Post abgehen». SVP-Präsident Heinz Müller freut sich darauf: «Momentan läuft nichts – dieser Wahlkampf könnte schon noch etwas Pfeffer gebrauchen.»

Lieber Plakate als Stände

Langsam beginnen die Parteien jetzt, ihre Wahlkampfaffen zu ziehen. Bereits seit Dezember hängen im Kanton die textlastigen Plakate der **FdP**, der zurzeit grössten Partei im Parlament. Neben diesen Themenplakaten setzen die Freisinnigen auf Veranstaltungen, aber weniger auf Standaktionen als noch bei den Nationalratswahlen 2007. «Es hat sich als schwierig erwiesen, an die Leute heranzukommen, wenn sie lieber einkaufen wollen», berichtet Meyer, die seit 1996 für die FdP den Wahlkampf leitet und noch «zwei Überraschungen» ankündigt. «Es wird aber immer schwieriger, an die für den Wahlkampf notwendigen Gelder zu gelangen – zurzeit kommt noch die Finanzkrise hinzu.» Meyer stehen 180 000 Franken zur Verfügung. Ziel der FdP ist es laut Meyer, «möglichst viele Mandate» zu gewinnen. Eine Zahl will sie nicht nennen.

Rote Chili gegen grüne Gefahr

Wie die FdP setzt die SP thematisch vor allem auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation. «Das beschäftigt die Leute momentan am stärksten», sagt SP-Wahlkampfleiter Simon Bürki. In der Wahl der Kampfmittel schwingen die Sozialdemokraten in Sachen Originalität bis jetzt obenaus: Wie die meisten Parteien verteilen sie «Give-aways», allerdings nicht Postkarten, sondern rote Chili-Samen. «Uns war wichtig, dass ein Give-away nicht einfach im Abfall landet», so Bürki. «Die Samen können jetzt gesetzt werden und tragen dann scharfe Früchte – genauso wie unsere Politik.» Für den Wahlkampf stehen den Genossen weniger Mittel zur Verfügung als noch bei den Nationalratswahlen (190 000 Franken). Genauer will Bürki nicht verraten. Und seine Prognose für den Wahlausgang? «Ich gehe davon aus, dass der Trend Richtung grün und grünliberal anhalten wird – das werden auch wir zu spüren bekommen.» Allerdings glaubt Bürki, dass die sich verschlechternde Wirtschaftslage die Waage wieder stärker zugunsten der SP verschieben wird.

Christen gehen ins Internet

Die drittgrösste Partei im Kantonsrat, die **CVP**, gibt sich ebenfalls zuversichtlich: «Wir werden drei Sitze im Kantonsrat hinzugewinnen und unsere zwei Regierungsratskandidaten im ersten Wahlgang durchbringen», ist Wahlkampfleiter Urs Hufschmid überzeugt.

Wie bei allen Parteien ist der Wahlprospekt das Hauptwerbemittel der Christlichdemokraten. Hinzu kommen Plakate für die zwei Regierungsräte, Wahlanlässe, Standaktionen und das Internet. Nach Regierungsrat Klaus Fischer werde nun auch bald Regierungsrat Walter Straumann mit einer eigenen Homepage aufwarten können. Insgesamt stehen der Kantonalpartei bis zu 150 000 Franken zur

Verfügung.

Volkspartei sucht das Volk

Die **SVP** wiederum verfügt laut Kantonalpräsident Müller «wie immer» 100 000 Franken für den Wahlkampf. Sie werden für Plakate, Flyer, Anlässe und Standaktionen eingesetzt. «Unsere Plakate werden eher neutral daherkommen», verspricht Müller. An den «wilden Plakatierungen» der letzten Jahre will die SVP hingegen festhalten. Vor allem setzt die Partei aber auf die Standaktionen: «Wir wollen direkt zum Volk gehen und mit den Menschen ins Gespräch kommen», erklärt Müller. Dieser Weg soll dazu beitragen, dass die SVP ihr Wahlziel erreicht: «20+» – also eine Steigerung der Sitzzahl von 16 auf 20 und mehr. «Ausserdem werden wir einen Sitz in der Regierung erobern», sagt Müller.